



Militarischer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inland monatlich 1.30 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großrats Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Reutlingen Zweigstelle Wildbad. — Verleger: Hermann Gerdemann, Wildbad. — Postfach Nr. 20174 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die stündliche 16 mm breite Zeile 1 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 8 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Zeile 12 Pf. — Rabatt nach vorbeschriebenem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 5 Uhr vormittags. — In Reklamefällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.
Druck. Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wilhelmstr. 84. Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Flandins Gegenplan

Statt neuer Gedanken Vergangenheitsanleihen bei Briand, Herriot und Paul-Boncour

Das internationale Interesse konzentriert sich auf den angekündigten französischen Friedensplan, der wahrscheinlich dieser Tage in Genf vorgelegt werden wird. Es ist Frankreichs Absicht, bei dieser Gelegenheit diejenigen Staaten, die es auf der Locarno-Linie festzuhalten bemüht ist, auf seinen Plan zu verpflichten, damit es in der späteren europäischen Konferenz, die immer nach den Pariser Absichten, ihn beraten soll, eine breite Front für ihn einzunehmen vermag. Die französische Politik hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten wenig neue Gedanken hervorgebracht, und auch dieser neue Plan benutzt die Ideen, die Paris immer und immer wieder vor Europa vertreten hat. Deutlich erkennbar sind nach den Inhaltsangaben der französischen Blätter in seinen Grundzügen der Briand'sche „Pan-Europaplan“ vom Jahre 1930 und das Memorandum, das Herriot und Paul-Boncour im Jahre 1932 der Abrüstungskonferenz vorlegten. Briand gab sich etwas verschwommen sentimental, als er mit allumfassender Gebärde den ganzen Erdteil zu einer großen Friedensgemeinschaft zusammenfassen wollte. Aber die europäische Gemeinschaft, die er schaffen zu wollen vorgab, war doch abgeleitet auf Prinzipien, die man vorher und nachher in weniger idealistischer Verbrämung in der Politik der Pariser Kabinette, sie mochten heißen wie sie wollten, immer wiederkehren sah: Achtung vor den Verträgen, d. h. vor allem vor den Friedensverträgen, Sicherheit, d. h. Sicherung des Status quo, das was die Linie, auf der er sich, die Einrichtung einer Art von Bundesverhältnis zwischen den europäischen Völkern“ dachte.

Herriot und Paul-Boncour wurden konkreter in dem Memorandum, das sie am 4. November 1932 der Abrüstungskonferenz vorlegten. Sie nannten ihr Projekt nicht mehr „Panuropa“, sondern sie ließen es unter der Flagge eines „Sicherheitsplans“ gehen. Wie Herriot in der französischen Kammer und übereinstimmend mit ihm, Paul-Boncour in Genf erläuterte, sollte dieser Sicherheitsplan drei Kreise umfassen. Der äußerste stellte einen allgemeinen Konföderationspakt als Ausbau des Kelloggspaktes dar. Der zweite sollte den Völkerbund und die Locarno-Verträge zusammenfassen und auf einen größeren Renner bringen. Dazu gehörte auch, daß der Artikel 16 des Völkerbundsstatutes, der von den Sanktionen handelt, erweitert und verschärft werden sollte. Den dritten, engsten Kreis schließlich sollten eine Reihe von Militärabkommen zwischen den europäischen Staaten bilden. Im Kern ließ dieser Herriot-Paul-Boncour'sche Sicherheitsplan darauf hinaus, daß durch einen ganz Europa umfassenden Pakt eine gegenseitige Hilfeleistungspflicht eingeführt werden sollte.

Die Ideen bleiben, nur die dafür gewählten Bezeichnungen ändern sich. Heute hat Frankreich den Begriff des „unteilbaren Friedens“ für das gesunde, was Briand und was Herriot und Paul-Boncour seinerzeit dem Erdteil aufzuzwingen trachteten. Daß es sich bei diesem „unteilbaren Frieden“ in Wirklichkeit aber um eine recht einseitige Angelegenheit handelt, zeigt eine ausführliche Erörterung der französischen Pläne im „Deuvere“. Dort wird geschrieben: „Dieser Sicherheitsplan würde die Linie Paris—London—Moskva zur Achse haben, und seine grundlegende Idee wäre es, Deutschland folgendes zu sagen: Es gibt nur eine Art den Frieden Europas zu sichern, und das ist diejenige, die wir bereits angewandt haben. Wenn ihr nicht in unsere Organisation hineinkommen wollt, dann werden wir uns ohne euch organisieren.“ Die Form aber, in der Frankreich bisher den „Frieden“ organisiert hat, ist die eines beständig erweiterten Systems von Militärbündnissen. Und seine letzten Absichten lauten darauf hinaus — immer nach dem, was die französische Presse selbst schreibt — dieses System so allgemein zu machen, daß Frankreich überall ein Interventionsrecht erhält. Daß der Völkerbund dabei formell zwischengeschaltet wird, ist für den tatsächlichen Effekt belanglos. Im Sowjetpakt hat Paris gezeigt, wie es sich sein Interventionsrecht auch gegenüber einem etwa einmal widerstrebenden Völkerbund sichern könnte.

Es sollte eigentlich nicht notwendig sein, auszusprechen, daß diese Politik Brandstifteln in einem Pulvermagazin bereitet. Der deutsche Friedensplan, der auf Nichtangriffspakten von Land zu Land beruht, emittiert sie aus der gefährlichen Zone.

Der französische Gegenvorschlag

Paris, 7. April. Ueber den Ministerrat, der vier Stunden unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Elysée zusammengetreten war, wurde folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

- Außenminister Flandin trug seinen Ministerkollegen
1. den Entwurf der französischen Denkschrift als Antwort auf den deutschen Plan vom 31. März sowie
 2. den aufbauenden Aktionsplan für den Frieden vor, den die französische Regierung dem Völkerbundsrat zu unterbreiten beabsichtigt.

Beide Vorschläge wurden vom Ministerrat gebilligt. Des weiteren setzte Außenminister Flandin seinen Ministerkollegen die Bedingungen auseinander, unter denen die bevorstehende Zusammenkunft des Dreizehner-Ausschusses und die Tagung der Locarno-Mächte in Genf beginnen werden.

Die im Ministerrat gebilligten französischen Schriftstücke werden veröffentlicht. Soweit verlautet, wird das eine der Schriftstücke, in dem die französische Regierung an der deutschen Denkschrift nachdrücklich und ausführlich Kritik übt, an die englische Regierung gerichtet sein, das zweite Schriftstück über die „Organisierung des Friedens in der Zukunft“ aber an den Völkerbundsrat.

In dem ersten Schriftstück ziele, so heißt es in diesen Kreisen, die französische Regierung die Schlussfolgerung, daß die deutsche Denkschrift in ihrem ersten Teil völlig verneinenden Charakter habe. Sie fordere daher von den Unterzeichnern des Locarno-Vertrages nachdrücklich die restlose Anwendung der Bestimmungen, die im Falle eines Mißerfolges der Verhandlungen mit Deutschland vorgesehen seien. Die gesamte französische Antwort soll ebenso umfangreich ausfallen, wie der deutsche Friedensplan. Das darin enthaltene zweite französische Schriftstück bestche aus etwa 25 Artikeln, die einen umfassenden und wirtschaftlichen Grundriß zur Organisation in Europa bilden. Der französische Plan bezwecke eine Ausdehnung und Verstärkung der kollektiven Sicherheit in Europa durch einen auf die europäischen Staaten begrenzten Pakt, also nicht mehr einen weltumfassenden Pakt, wie die Völkerbundsstatuten ihn augenblicklich darstellten. Die Bestimmungen des geplanten französischen Paktes würden dadurch gestützt werden, daß man dem Völkerbund bereits in Friedenszeiten gewisse nationale Truppenverbände zur Verfügung stelle, um ein tatsächliches sofortiges Einschreiten des Völkerbundes gegen den Angreifer zu ermöglichen. Außerdem seien Abrüstungsanregungen vorgesehen. In Paris glaubt man, daß der Plan zur „Organisierung des Friedens“ zu gegebener Zeit, d. h. nach den französischen Wahlen, dem Völkerbund zur Erörterung gestellt werden könnte.

Nach dem „Excelsior“ steht der französische Zukunftsplan einen freien Verband der Völker Europas zum Schutze gegen alle Kriegsgefahren vor, wobei es den Völkern freistehe, sich eine beliebige Regierungsform zu geben. Dem Völkerbund würde eine internationale Luftstreitmacht zur Verfügung gestellt werden, die stärker sein würde als die Luftstreitmacht irgend eines Staates. Diese internationale Luftstreitmacht würde unverzüglich auf Grund eines Völkerbundsbeschlusses zugunsten eines jeden Staates eingreifen, der Opfer eines nicht herausgeforderten Angriffs sei. Wenn zwischenstaatliche Streitigkeiten ausbrechen sollten, die in bewaffnete Zusammenstöße ausarten könnten, werde die internationale Streitmacht sofort Verhütungsmaßnahmen zu ergreifen haben, um den Ausbruch von Feindseligkeiten während der Dauer des verpflichtenden Schiedsverfahrens zu verhindern.

Die kollektive Sicherheit werde auf dem Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen“ begründet werden. Sie solle, so glaubt das Blatt zu wissen, praktisch durch regionale Pakte nach Art des Locarno-Vertrages ergänzt werden. Diese Pakte würden unter Ueberwachung des Völkerbundes ineinander greifen. Auf diese Weise würden die verschiedenen Ländergruppen mit gemeinsamen Grenzen und gemeinsamen Belangen untereinander eine solidarische Bürgschaft übernehmen. Man würde einen Westpakt, einen Ostpakt, einen Donaupakt, einen Mittelmeerpakt usw. schaffen. „Excelsior“ meint, daß auf diese Weise der französische Plan zur „Sicherheits-Charta“ der weißen Rasse und zum Hüter der Zivilisation gegen die nationale Selbstsucht werden würde (1). Besondere Bestimmungen seien für die Auswanderer und für die Auswertung gewisser überseeischer Gebiete vorgesehen, wo unter der Achtung der heiligen Rechte der rückständigen Bevölkerung, die unter dem Schutze des Völkerbundes stehen, europäische Kolonisten angezogen werden könnten.

Kurze Tagesübersicht

Am Mittwoch und Donnerstag finden in Genf die Verhandlungen des Dreizehner-Ausschusses über den Abessinienkonflikt statt. Am Freitag wird dann der französische Gegenvorschlag erörtert werden, der den großzügigen deutschen Friedensplan ablösen soll.

Nach Besprechungen zwischen Italien und Ägypten in der Tana-See-Frage hat zwischen den beiden Nationen ein Notenaustausch stattgefunden.

Zwischen Hamburg und Lübeck machte ein neuer zweiföhriger Stromlinienzug seine Jungfernfahrt.

Auf einen Expreszug der Linie Vera Cruz—Mexiko—Stadt wurde ein Dynamitanschlag verübt, wobei es 90 Tote gegeben hat.

Der Wirbelsturm im Gebiet des Mississippi hat mehr als 300 Todesopfer gefordert.

Der „Petit Parisien“ unterstreicht, daß Frankreich den europäischen Frieden als unteilbar ansehe. Für den Frieden umfasse Europa auch Sowjetrußland. Die Sowjetunion sei eines der „getreuesten und rechtgläubigsten“ (1) Mitglieder des Völkerbundes geworden. Zur Verbürgung der europäischen kollektiven Sicherheit werde folgendes vorgesehen: Besondere Verträge für die „verwundbarsten“ Gegenden, nämlich gegenseitige Beistandspakte, Schiedsgerichte im Sinne des Genfer Protokolls von 1924, Verstärkung des Artikels 16 der Völkerbundsstatuten, der schneller ausgeführt werden könnte, wenn man die Bestimmungen des französisch-sowjetrussischen Paktes zum Vorbild nehme. Im Völkerbund sollen nationale Truppenverbände zur Verfügung gestellt werden, die im Falle der Gefahr eine Art Friedenspolizei ausbilden könnten. Der Briand'sche Gedanke eines europäischen Staatenbundes werde im französischen Plan von 1936 den Umständen angepaßt und man werde ihm die diplomatischen Erfahrungen der letzten Jahre zugute kommen lassen. Die internationale Verteidigungsorganisation würde einen Stillstand des Wettlaufens ermöglichen.

Eben über den deutschen Friedensplan

Große Debatte im Unterhaus
Kolonial-Anfragen

London, 7. April. Im englischen Unterhaus wurde am Montag in der Zeit der kleinen Anfragen erneut das Kolonialproblem erwähnt. Der Abgeordnete Sandys, ein Schwiegerohn Winston Churchills, wollte wissen, ob die von dem Kolonialminister abgegebene Erklärung, wonach die britische Regierung keinerlei Erwägungen über die Ausdehnung britischer Mandatsgebiete an irgend eine andere Macht angestellt habe oder anstelle, heute noch Gültigkeit habe.

Ministerpräsident Baldwin antwortete, daß sich die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit nicht geändert habe. Als ein Abgeordneter die Aufmerksamkeit des Regierungschefs auf die vor einigen Tagen in einer Londoner Abendzeitung wiedergegebenen angeblichen Äußerungen des Unterstaatssekretärs Lord Stanhope lenkte, der bekanntlich gesagt haben soll, daß Tanganjika an Deutschland abgetreten werden müsse, erklärte Baldwin, er sei für Veröffentlichungen in der Presse nicht verantwortlich. Unter allgemeinem Gelächter erwähnte er in diesem Zusammenhang die Meldung der „Daily Mail“ über seinen unmittelbar bevorstehenden Rücktritt und schloß mit der Bemerkung, die Feststellung, die er soeben gemacht habe, sei amtlich.

Churchills gehässige Angriffe

Im Verlauf der Unterhaus-Ausprache nahm der konservative Winston Churchill das Wort. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Abessinien-Politik. Es werde sich herausstellen, daß die 50 Nationen des Völkerbundes den Abessinieren auch nicht den geringsten Nutzen gebracht hätten. Auf der anderen Seite habe sich England die Feindschaft Italiens im Mittelmeer zugezogen. In Zukunft werde England erhebliche größere Ausgaben für seine militärischen Stützpunkte im Mittelmeer haben als bisher. Churchill wandte sich weiter der Kolonialfrage zu, wobei er es an den bei ihm üblichen gehässigen Ausfällen gegen Deutschland nicht fehlen ließ. Auf jeden Fall würde nicht England, sondern der Völkerbund über das künftige Schicksal der Kolonien entscheiden können. Churchills Angriffe steigerten sich noch, als er sich im besonderen mit Deutschland und dem Nationalsozialismus befaßte. Mit offensichtlichem Bedauern erwähnte er, daß durch die Wiederbesetzung der Rheinlande das nationalsozialistische Regime und sein Ruf erneut gewonnen hätten.

Sir Austen Chamberlain

drückte die Hoffnung aus, daß die Regierung ihre außenpolitische Haltung klarer als bisher zum Ausdruck bringen werde. Zum Abessinien-Schreitfall erklärte der Redner, er glaube, daß England der Fehler gemacht habe, den Völkerbund zu Maßnahmen zu veranlassen, die er nicht zu tun bereit gewesen sei. Im Falle Locarno sei England verpflichtet, seine ganzen Hilfskräfte dem Völkerbund zur Verfügung zu stellen. Wegen des Charakters der deutschen Vorschläge sei er besorgt.

Außenminister Eden

setzte sich zunächst mit der Behauptung des Oppositionsführers Attlee auseinander, daß England im abessinischen Streitfall sich nicht an den Völkerbund gehalten habe. Die Lehre, die man bisher aus den Ereignissen ziehen könne, laute erstens, daß ein zahlenmäßig begrenzter Völkerbund unvermeidlich auch in seiner Wirksamkeit begrenzt sei. Zweitens könnten dessen finanzielle und wirtschaftliche Sühnemaßnahmen nicht sofort wirksam werden, wenn die Mitgliedschaft beim Völkerbund nicht vollständig sei. Anfang März habe er es klargemacht, daß ein Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen erlassen werden sollte, obwohl er gleichzeitig zugestanden habe, daß die Wirksamkeit eines solchen Verbotes nur begrenzt sein könne. Die französische Regierung habe die Ansicht vertreten, daß ein neuer Schlichtungsversuch unternommen werden soll, bevor das Verbot erlassen würde. Beide Parteien hätten den Vorschlag angenommen, aber in der Zwischenzeit habe die italienische Regierung ihren Angriff fortgesetzt. Nach Ansicht der britischen Regierung würde es unerträglich sein, wenn man in Genf von Veröhnung spreche, solange der Krieg andauere. Entweder müsse es zu einer echten Veröhnung kommen.

men, einer Veröhnung, die innerhalb einer gegebenen Zeit in eine Einstellung der Feindseligkeiten ausmünde, der Achtzehner-Ausschuss müsse sich noch einmal mit seiner Aufgabe befassen. Die Haltung der englischen Regierung bleibe genau die gleiche, wie sie es während der ganzen Dauer des Streites gewesen sei. England sei bereit, gemeinsam mit den anderen Mächten wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen zu treffen, falls die anderen sie annehmen und in dem gleichen Geist und Buchstaben wie England selbst durchführen würden.

Der Außenminister kam dann auf die durch den deutschen Friedensplan geschaffene Lage zu sprechen. Er erklärte, daß die Prüfung der deutschen Note noch im Gange sei. Vor ein paar Tagen jedoch seien die Regierungen Frankreichs und Belgiens an die britische Regierung mit der Bitte herangetreten, eine Tagung der Locarno-Mächte ohne Deutschland Anfang dieser Woche entweder in Paris oder in Brüssel abzuhalten. Er bekenne, daß die englische Regierung einige Zweifel über die Wichtigkeit einer solchen Zusammenkunft in diesem Augenblick empfunden habe. Er habe es für richtig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die englische Regierung nicht zu einer Zusammenkunft gehen und der Ansicht zustimmen könne, daß die Veröhnungssaktion zu Ende sei. Andererseits sei er der Ansicht gewesen, daß ein Gedankenaustausch vielleicht wertvoll sein würde, ob auf diplomatischem Wege oder durch eine gemeinsame Zusammenkunft.

Nachdem Eden hierauf mitgeteilt hatte, daß er am Dienstag nach Genf abreisen werde, wohin auch Zlandin und van Zeeland kommen würden, fuhr er fort, er stimme völlig mit der Ansicht überein, daß es wichtig sei, den Völkerbund bei der ersten Gelegenheit zu dieser Besprechung heranzuziehen. Die Vorschläge des Reichskanzlers beträfen teils eine Gruppe von Westmächten, teils einige Staaten im Süden oder im Osten Europas. Nach englischer Ansicht sei es wesentlich, daß diese Vorschläge miteinander verbunden würden, und zwar durch den Völkerbund, damit keinerlei Verwirrung entstehe.

Hier wolle er aber eine Warnung aussprechen. Wenn jemand die Vorstellung habe, daß man jetzt die Vorschläge des deutschen Kanzlers und ebenso die unmittelbaren Aufgaben, die sich für England aus der „Verlehung des Locarno-Vertrages“ (1) ergäben, beiseite legen sollte und daß statt dessen ein weitreichender Plan einer allgemeinen Regelung für Europa verhandelt werden sollte, so wolle er vor einer derartigen Vorstellung warnen. Er sei sich sehr darüber im Zweifel, ob es in diesem Augenblick möglich oder wünschenswert sei, allgemeine Verpflichtungen zu gegenseitigem Beistand, die sich über ganz Europa erstrecken, auszuhandeln, um die Bestimmungen der Völkerbundschartung zu umgehen.

Er möchte dem Hause freimütig erklären, daß die Regierung den Wunsch habe, daß bis Ende des Sommers alle Völker Europas Mitglieder des Völkerbundes seien. (Beifall.) Sie wünsche weiter, daß ein neues Sicherheitsgebäude in Westeuropa die Stelle Locarnos einnehmen möchte. Sie wünsche, daß die Sicherheit an anderen Stellen durch Uebereinkommen gestärkt werde, die unmittelbar vom Völkerbund überwacht würden. Wenn dieses Ergebnis bis Ende des Sommers erzielt werden würde, so würde für die Sicherheit Europas so viel gewonnen sein, daß es dann möglich erscheinen würde, auf die weiteren Pläne einzugehen, die sich auf Rüstungen, wirtschaftliche Fragen und die Stärkung der Sicherheit durch die in der Völkerbundschartung selbst gebotenen Mittel bezögen.

Wenn der Völkerbund von allen europäischen Ländern angenommen und wieder bestätigt werde, so müßte dies eine beruhigende Wirkung haben. Er glaube, daß man einen großen Schritt vorwärts getan hätte, wenn es gelänge, das zu erreichen und danach die Verstärkung der regionalen Uebereinkommen zu sichern. Zum Schluß wünschte er festzustellen, daß in der gegenwärtigen Zeit der Schwierigkeiten es nichtsdestoweniger wahr sei, daß der Völkerbund an Stärke gewonnen und tiefe Wurzeln geschlagen habe. (Beifall.) Aus diesem Grunde sei es entscheidend, daß alles, was Großbritannien tue, auf der Völkerbundschartung beruhe. Er hoffe seinerseits, daß man dieses Instrument nicht leichtfertig abändere, bis zunächst sichergestellt sei, daß jeder Mann in Europa gewillt sei, seine Völkerbundsverpflichtungen zu erfüllen. Soweit die Regierung von Großbritannien in Frage stehe, sei sie bereit, das zu tun.

Neville Chamberlains Schlußwort

Die Unterhaus-Aussprache wurde im Namen der Regierung von Schatzkanzler Neville Chamberlain abgeschlossen. Er kam auf die Frage der Kolonien zu sprechen und betonte,

daß ein klarer Unterschied zwischen Kolonien und Mandatsgebieten gemacht werden müsse. Mandatsgebiete seien nicht Kolonien, sie seien nur in einem „familiären“ Sinne ein Teil des britischen Reiches. Soweit er habe feststellen können, sei es zu der Zeit, als die Mandatsgebiete verteilt worden seien, nicht beabsichtigt gewesen, daß jemals eine Aenderung in diesen Mandaten eintreten solle. Es sei keine Maßnahme getroffen worden, für die Uebertragung eines Mandatsgebietes von der ursprünglichen Mandatsmacht an eine andere Macht. Man dürfe wohl annehmen, daß, um eine Uebertragung durchzuführen, zum mindesten die Zustimmung der Mandatsmacht, ferner die Zustimmung der Macht, der das Gebiet übertragen wurde, und schließlich die Zustimmung des Völkerbundesrates erforderlich wären. Die Stellungnahme der gegenwärtigen englischen Regierung sei vom Kolonialminister Thomas Macdonald, der in Beantwortung einer Frage sagte: „Die britische Note hat die Aushändigung irgend welcher britischer Kolonien oder Mandatsgebiete nicht erwogen und erwägt sie auch nicht.“

Neville Chamberlain schloß: Zusätzlich möchte ich sagen, daß wir anerkennen, bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Völkern zu haben, die diese Gebiete bewohnen. Wir würden nicht daran denken, diese Verpflichtungen aufzugeben oder diese Gebiete irgend einer anderen Macht auszuhändigen — selbst um der Erzielung einer allgemeinen Friedensregelung willen, die wir alle wünschen — solange wir nicht überzeugt wären, daß die Interessen aller Bevölkerungsteile, die diese Gebiete bewohnen, völlig gesichert wären. (Beifall.)

Zum Schluß wurde über die Vertrauensfrage abgestimmt. Mit 361 gegen 145 Stimmen sprach das Haus der Regierung sein Vertrauen aus.

Londoner Blätter zur Unterhaus-Abstimmung

London, 7. April. Die Morgenblätter sind im allgemeinen nicht sehr einverstanden mit der Form, in der die Regierung ihre kürzlichen Stimmen-Niederlagen am Montag durch eine erzwungene Vertrauensabstimmung auszugleichen suchte. Selbst die „Times“ schreibt, daß die Regierung in letzter Zeit eine sehr unglückliche Hand in ihrer Zusammenarbeit mit dem Unterhaus gehabt habe. Andererseits aber gehe aus der Abstimmung ganz klar hervor, daß kein Teil des Hauses das Vertrauen zu dem Minister verloren habe, der in den sorgenhaften Tagen die Hauptverantwortung für die auswärtige Politik trage. Das Blatt verurteilt schließlich, daß die Opposition in diesem so schwerwiegenden Augenblick gegen die Regierung gestimmt habe.

Schritt der Kleinen Entente in Wien

Nur formaler Protest

Wien, 7. April. Die gleichlautenden Noten der Staaten der Kleinen Entente, die am Montag in Wien überreicht wurden, haben folgenden Wortlaut:

„Im Auftrag ihrer Regierung hat die Gesandtschaft (der tschechoslowakischen Republik, Rumäniens, Jugoslawiens) die Ehre, der österreichischen Bundesregierung nachstehendes mitzuteilen: Am 1. April hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, das eine Abänderung des für Oesterreich durch Teil 5 des Vertrages von St. Germain festgelegten Militärkontingents vorsieht. Diese Abänderung stellt, da sie durch eine einseitige Aushändigung dieses Teiles des Vertrages von St. Germain erfolgt ist, eine formale Verlehung der militärischen Klauseln dieses Vertrages dar. Unter diesen Umständen sieht sich die Regierung (der tschechoslowakischen Republik, Rumäniens, Jugoslawiens) als Mitunterzeichner des Vertrages von St. Germain verpflichtet, energisch Verwahrung gegen den Beschluß des in Rede stehenden Gesetzes einzulegen.“

Andererseits bebauert sie als Mitglied des Völkerbundes lebhaft, daß Oesterreich, gleichfalls Mitglied des Völkerbundes, es für gut befunden hat, den Weg zu beschreiten, den der Völkerbundrat unter ähnlichen Umständen feierlich durch seine Resolution vom 17. April 1935 verneint hat. Die Regierung (der tschechoslowakischen Republik, Rumäniens, Jugoslawiens) vermag keinesfalls zuzugeben, daß Oesterreich sich durch seine einseitige Handlung, die die Ablehnung internationaler Verpflichtungen darstellt, ein neues Recht geschaffen hat. Infolgedessen behält sich die Regierung (der tschechoslowakischen Republik, Rumäniens, Jugoslawiens) das Recht vor, sich zu einem späteren Zeitpunkt hinsichtlich der zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifenden Maßnahmen zu äußern. Die Gesandtschaft (der tschechoslowakischen Republik, Rumäniens, Jugoslawiens) benützt diesen Anlaß, um das verheißene Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Wie das österreichische Correspondenzbüro der Veröffentlichung dieser Meldung hinzusetzt, gedenkt die österreichische Regierung nicht, „auf diesen gemeinsamen Schritt der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens zu reagieren“.

Die Militärklauseln von St. Germain

Der Beschluß der österreichischen Regierung, die gesamte männliche Bevölkerung zwischen 18 und 42 Jahren der allgemeinen Dienstpflicht zu unterwerfen und sie, mit oder ohne Waffe, auszuheben, bedeutet eine Aushändigung der Militärklauseln des Vertrages von St. Germain. Der Vertrag wurde am 10. September 1919 in St. Germain-en-Laye unterzeichnet. Die Militärklauseln waren außerordentlich streng. Die allgemeine Wehrpflicht wurde abgeschafft. Das österreichische Heer durfte nur auf der Grundlage der Anwerbung von Freiwilligen rekrutiert werden. Seine Stärke sollte nicht mehr als 30 000 Mann betragen, und diese Streitkraft sollte ausschließlich der Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des österreichischen Landesgebietes und der Grenzkontrolle dienen. Das Verhältnis der Zahl der Offiziere zu der der Mannschaften durfte 1:20, das der Unteroffiziere 1:15 nicht übersteigen. Das österreichische Heer durfte keine schweren Geschütze, keine Tanks, keine Panzerwagen, keine Militärflugzeuge und keine Luftschiffe haben. Alle Kriegsschiffe der einträglichen österreichisch-ungarischen Marine wurden abgeliefert werden, und die „Flotte“, die Oesterreich erlaubt wurde, sollte drei Fährpostboote nicht übersteigen. Die Alliierten gestatteten als einzige „Ausnahme“ lediglich die Herstellung von Sportwaffen, vorausgesetzt, daß sie nicht ein Kaliber besaßen, das in irgend einem europäischen Heer für Militärwaffen benutzt wird.

Wiener Stimmen zum Entente-Protokoll

Wien, 7. April. Die gesamte Wiener Presse widmet ihre Leitartikel dem Protokoll der Kleinen Entente. Die Einstellung der Blätter ist übereinstimmend vollständig ablehnend. Die „Reichspost“ schreibt u. a., wie ein kleines Land wie Oesterreich seine Stellung in Mitteleuropa behaupten solle, wenn man ihm die Hände binden möchte, sei eine Frage. Zu einem solchen Mittel sei weder materiell noch formell irgend ein Grund vorhanden. Veraltete Schranken und irrealen Bedingungen dürften den Lebensweg des österreichischen Volkes weiterhin nicht behindern.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ äußert sich dahin, daß an der Erhaltung Oesterreichs neben ihm selbst und seinem Volk niemand ein größeres Interesse als der Staatenblock der Kleinen Entente habe. Am so verwunderlicher und erstaunlicher sei der Schritt, den die Staaten unternommen hätten. Die „Wiener Neue Nachrichten“ sagt, kein Staat könne sich in Fragen der Existenz und Selbstbehauptung von dem Wohlwollen anderer Staaten abhängig machen, am allerwenigsten wenn sich Einspruch und Widerstände auf die Formeln stützen, die durch die Entwicklung längst überholt seien.

Jungfernfahrt eines Stromlinienzuges

Hamburg—Lübeck—Travemünde

Lübeck, 7. April. „S-Schnellverkehr“ steht in metallenen Riesenbuchstaben an dem doppelstöckigen Stromlinienzuges, der am Dienstagmittag mit 200 Vertretern der Reichsministerien, der Behörden und Parteiführer, der Reichsbahnhauptverwaltung usw. seine Jungfernfahrt von Hamburg über Lübeck nach Travemünde antrat. Diese neue Zugart erregte auf dem Hamburger Hauptbahnhof großes Aufsehen. Die mit grauem Eisenblech stromlinienförmig eingelebete Lokomotive hat bereits ihren Spitznamen bekommen: „Mick Maus“ ist sie schon in der Werkstatt von den Arbeitern getauft worden. Eigenartig berührt ist man zunächst von dem äußeren Anblick der Personenzüge. Die breiten Fenster der unteren Abteile reichen bis auf den Bahnsteig herab, die Fenster des Obergeschosses bis an das runde Wagendach hinauf. Vier Stufen führen in die untere Abteilung, und eine bequeme Treppe führt nach oben. Auch die Wagen der 3. Klasse sind mit bequemen Polsterstühlen ausgestattet. Die Aussicht ist von allen Plätzen gut, besonders aber, wenn man von dem oberen Stockwerk, wie von einem Balkonfenster aus, die Gegend überblickt.

Der Zug verließ den Hamburger Hauptbahnhof um 12.33 Uhr und entwickelte sehr bald eine Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometern, die er dann vorübergehend bis auf 120 Stundenkilometer steigerte. Auf allen Bahnhöfen erregte dieses neue Wunder deutscher Eisenbahntechnik begrifflicherweise großes Aufsehen. Trotz der Schnelligkeit fährt der Zug bemerkenswert ruhig und stoßfrei. Mit dieser neuen Zugart ist übrigens auch ein neuer Beruf geschaffen worden. Im Zuge fahren in kleidamer Livree Vaagen mit, die das Gepäck und die Garderobe der

Der dicke Müller siedelt

„Dein Mann? Bahaha...! Wer dicke witter...!“
„Das ist er nicht mehr!“ verteidigt ihn Brigitte. „Er ist ein anderer geworden! Er ist beinahe so stattlich, so ein richtiger Mann wie früher. Als ich ihn heute sah, da war mir's, als wenn er zehn Jahre jünger wäre. So schaut er heute wieder aus! Und den Mann soll ich lassen, weil es euch so in den Kram paßt! Ich will nicht! Ich mag nicht noch einmal um die Welt fliegen! Ich will hier bleiben!“

Entgeistert, ob des gewaltigen Gefühlsausbruchs, sehen sich die Ehegatten an. In den Augen Frau Andreas ist mit einem Male Angst, während der Konsul höhnlich lacht.

„Dann geh' doch zu deinem Mann! Geh', laß' ihn nach, der dich hier in Berlin sitzen gelassen hat! Vergißte auf den Weltflug, immer blamierte dich vor der Doffentlichkeit! Werden alle sagen, daß die Gitta Romanus die Nerven verloren hat.“

Wie Nadelspitzen bohren die Worte. Brigitte antwortet nicht gleich. Bis sie sich erhebt und rekt. „Gut.“ sagt sie leise, „ich werde mein Versprechen einlösen! Wenn mir der Allwärtige die Mittel zur Verfügung stellt, dann werde ich starten! Gut! Und der Freiherr soll mitfliegen! Gut! Ich will nicht allein sein, wenn mich Gottes Strafe trifft; denn wenn er mich von diesem Flug wieder heimführt, dann weiß ich nicht mehr, was ich glauben soll.“

„Du wirst den Weltflug so gut beenden, wie alle deine Flüge!“ sagt der Konsul. „Du wirst die beste Maschine fliegen, die es zur Zeit gibt. Warum sorgst du dich? Und wenn du zurückgekommen bist, dann wirst du auch vernünftig geworden sein.“

„In meinem Falle liegt vernünftig dicht bei schlecht!“ sagt die junge Frau unbarmherzig und geht aus dem Zimmer.

Die beiden Ehegatten sind allein zurückgeblieben.

„Muß denn Brigitte fliegen, Rudolf?“ fragt Frau Andrea. „Muß es denn sein?“

„Natürlich muß sie! Unser Name wäre zum Spott gemacht, würde sie jetzt verzichten.“

„Rudolf!“ spricht Frau Andrea wieder. „Sie ist eine Mutter!“

„Ja, ja, ich weiß, sie hat zwei Müllerkinder!“

Die Frau starrt den Mann, mit dem sie nun schon über 30 Jahre verheiratet ist, an, ihr ist zu Mute, als wenn jetzt ein Schleier zerrisse und sie erkennt, daß in allen Handlungen, die die Tochter betrafen, ihr Gatte den eigenen Vorteil immer im Auge hatte.

Für wen machte Brigitte den Namen Romanus berühmt? Wer nutzte diesen Umstand aus? Ihr Gatte! Ihr fröstelt plötzlich, er wird in ihren Augen kleiner, jämmerlicher, sie schämt sich seiner.

„Zwei Müllerkinder! Und du hast unsere Tochter ihm eins gegeben.“

„Das war meine größte Dummheit!“

„Vielleicht wärst du ohne ihn aber schon längst ein armer Mann, so wie heute.“

„Was meinst du damit?“ fährt sie der Konsul an.

„Sage mir die Wahrheit, wie sieht's mit uns? Bist du fertig mit deinem Gelde?“

„Ein Konsul Romanus wird nie fertig sein!“ entgegnet er schroff.

„Ich habe oft Verluste gehabt, und habe sie wieder ausgeglichen. Und die letzten Verluste werden genau so ihren Ausgleich finden.“

„Und dein Trumpf heißt... unsere Tochter! Ist's nicht so? Soll die nicht alles für dich einrenken? Wieviel hat dir denn der Freiherr versprochen, wenn... er Brigitte heimgeführt hat?“

„Nichts! Er will sich nur an meinen Unternehmungen beteiligen.“

„Dieser Freiherr... mit seiner verrückten Leidenschaft für unser Kind. Heute verstehe ich mich nicht mehr, daß ich deine Gedanken teilen konnte. Das ist kein Mann, Rudolf. Das ist ein abgelebtes Brat!“

Der Konsul schrikt bei den Worten seiner Frau zusammen. Von dieser Seite hat er sie noch nie kennen gelernt. Immer war sie ihm gleich, im Denken, Fühlen und Handeln.

„Wie sprichst du jetzt?“

„Wie eine Mutter!“ verteidigt sich Frau Andrea.

„Ich will nicht, daß unser Kind unglücklich wird.“

„Warum soll sie unglücklich werden?“ Dann beugt er sich zu ihr herunter und stößt heiser hervor: „Andrea, ich bin fertig, vollkommen fertig, erlebige! Ich kann Betteln gehen, wenn jetzt Brigitte abspringt, wenn sie mit einem Male moralische Umwandlungen kriegt. Die Gina hat mir den Rest gegeben! Wenn dort der Zusammenbruch kommt — und er steht vor der Tür — die Summe der Entschädigung, die dann von mir als Aufsichtsratsvorsitzendem verlangt wird, die kann ich nie zahlen. Höre gut zu! Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder kommt es zu der Heirat mit dem Freiherrn... oder wir sind Bettler! Nun wirst du mich vielleicht verstehen!“

„Wie konntest du...!“

„Sei still! Vorwürfe nützen nichts! Die Zeit ist anders geworden. Die Chancen sind zusammengeschnitten. Ich habe noch eine einzige!“

„Und das ist... unsere Tochter!“

„Ja!“ sagte der Konsul heiser. „Ist Brigitte! Gibt sie den Weltflug auf, gibt sie den Freiherrn auf... dann sind wir Bettler! Möchtest du das noch durchkosten?“

Frau Andrea stöhnte auf in ohnmächtigem Schmerz.

Rosel konnte in dieser Nacht nicht schlafen. Immer waren ihre Gedanken bei Hans, sie wußte, welcher bitteren Weg er ging und hatte ach so wenig Hoffnung. Stunde um Stunde verging und sie vermochte nicht zu schlafen. Bis sie gegen Mitternacht doch leise einschummerte.

Mit einem Male wurde sie munter.
(Fortsetzung folgt.)

Fahrgäste in einen besonderen Aufbewahrungsraum schaffen und auch sonst um die Bequemlichkeit der Reisenden bemüht sind.

Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen

Berlin, 7. April. Reichsminister Rüst hat durch Erlass vom 4. April ds. Js. angeordnet, daß vom Schuljahr 1936 ab Vorkursanfänger in privaten Vorschulen und Vorschulklassen nicht mehr ausgenommen werden dürfen. In dem Erlass heißt es, daß von jedem im grundschulpflichtigen Alter stehenden gesunden deutschen Kinde grundsätzlich der Besuch der öffentlichen Volksschule verlangt werden müsse. Diese sei die für alle Kinder gemeinsame nationalsozialistische Erziehungsstätte während der ersten Schuljahre. Die Beibehaltung privater Vorschulen und Vorschulklassen widerspreche daher den nationalsozialistischen Erziehungsgrundsätzen.

Soweit Schulanfänger bereits in eine private Vorschule oder Vorschulklassen weiterführende Privatschulen angemeldet sind, werden sie daher wieder abgemeldet und bei der zuständigen öffentlichen Volksschule anzumelden sein. Nur falls in Ausnahmefällen die Aufnahme in den öffentlichen Volksschulen außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnen sollte (z. B. wegen etwa notwendig werdender Klaffenleistungen) kann die Umschulung bis nach dem Sommerferien verschoben werden.

Reichsbürgschaften für Volkswohnungen

Berlin, 7. April. Um die Finanzierung des Baues von Volkswohnungen zu erleichtern, konnte schon bisher eine Reichsbürgschaft für die zweite Hypothek nach den Vorschriften für den Kleinwohnungsbau übernommen werden. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr durch Erlass die Voraussetzungen für die Bürgschaftsübernahme den besonderen Bedürfnissen der Volkswohnungen angepaßt und das Verfahren wesentlich vereinfacht.

Keine Reifeprüfung erforderlich

zum Studium des Luftfahrtwesens und Schiffbaues

Der Reichs- und preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Rüst, hat ausnahmsweise genehmigt, daß Schüler, die Ojtern 1936 nach Oberprima verlegt sind, unter bestimmten Voraussetzungen zum Studium als ordentliche Studierende an den Technischen Hochschulen in den Fachrichtungen Luftfahrtwesen oder Schiffbau oder Schiffsmaschinenbau oder Schiffselektrotechnik sofort, d. h. ohne Besuch der Oberprima und also ohne Reifeprüfung zugelassen werden. Voraussetzung ist, daß das Zeugnis für die Verlegung nach Oberprima in den Lehrgebieten Mathematik und Physik, ferner in Deutsch oder Geschichte die Note „gut“, in den anderen der beiden letztgenannten Fächer sowie in Chemie und Geographie mindestens die Note „genügend“ enthält. Dabei bleiben Einschränkungen dieser Prädikate außer Betracht.

Bei der feinerzeitigen Zulassung zur Diplomprüfung und evtl. Promotion zum Dr.-Ing. tritt für die Studierenden unter Ausberücksichtigung entgegenstehender Bestimmungen der Diplomprüfungs- und Promotionsordnung der Technischen Hochschulen an die Stelle des Reifezeugnisses eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule das Zeugnis über die Verlegung nach Oberprima einer neunstufigen höheren Lehranstalt. Im übrigen ist das Studium nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen durchzuführen.

Bzüglich der Einweisung in den Arbeitsdienst zum 1. Oktober 1936 wird das Notwendige veranlaßt werden. Da das Studium der genannten Fachrichtungen Vorpraxis voraussetzt, wird dringend geraten, sich sogleich um eine Praktikantenstelle zu bemühen. Sofern dieselbe noch im Laufe des Monats April angetreten wird, wird die Zeit bis zum Eintritt in den Arbeitsdienst als sechsmonatige Vorpraxis angerechnet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein späterer Wechsel des Studiums in eine andere als die angegebene Fachrichtung nicht zulässig ist.

Reichsminister Dr. Frank in Genua

Genua, 7. April. Reichsminister Dr. Frank startete Dienstag früh mit dem ihm von Mussolini zur Verfügung gestellten italienischen Regierungslugzeug von Neapel nach Genua, wo ein feierlicher Empfang im Rathaus stattfand, bei dem der Oberbürgermeister in einer Ansprache den Gast willkommen hieß, seiner Freude über den Besuch Ausdruck gab und die guten Kulturbestrebungen zwischen Italien und Deutschland hervorhob.

Abends fand die Einweihung des deutsch-italienischen Seminars des faschistischen Kulturinstitutes statt, bei der Reichsminister Dr. Frank sowie der Direktor des faschistischen Kulturinstitutes, Professor Marcati und der deutsche Generalkonsul Lindner Ansprachen hielten.

Eden nach Genf abgereist

London, 7. April. Außenminister Eden ist am Dienstag nach Genf abgereist, um an der für Mittwoch angelegten Beratung des Dreizehner-Ausschusses über den italienisch-abelinischen Konflikt teilzunehmen. Kurz vor seiner Abreise wurde amtlich bekanntgegeben, daß auch der englische Lordlegationswächter Lord Halifax nach Genf reist, um sich zusammen mit Eden an den geplanten Besprechungen mit den Vertretern der Reichslocarmomächte zu beteiligen. Diese Besprechungen werden, wie man jetzt in London annimmt, voraussichtlich nicht vor Freitag stattfinden, da der belgische Ministerpräsident van Zeeland wahrscheinlich erst an diesem Tage in Genf eintreffen wird. Lord Halifax wird am Mittwoch nachmittag, nachdem er vorher in der außenpolitischen Aussprache des Oberhauses gesprochen haben wird, mit dem Flugzeug nach Paris und anschließend nach Genf reisen, sodas er am Donnerstag morgen in der Völkerverbundstadt anlangt.

Generalkonferenzen am 15. April

London, 7. April. In London wurde am Dienstag nachmittag amtlich mitgeteilt, daß die Generalkonferenzen zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien am 15. April in London eröffnet werden.

„Graf Zeppelin“ startet am Ostermontag

nach Südamerika

Friedrichshafen, 7. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird seine erste diesjährige Südamerikafahrt am Ostermontag, den 13. April, vom Wertgelände des Luftschiffbaues Zeppelin in Friedrichshafen aus antreten. Entgegen anderslautenden Meldungen teilt die Zeppelin-Rederei mit, daß die Landung des Luftschiffes „Hindenburg“ nach seiner Rückkehr von Südamerika auf dem Flugplatz in Löwenthal bei Friedrichshafen erfolgen werde, da einige Einrichtungen der neuen Luftschiffhalle in Frankfurt a. M. noch nicht fertiggestellt sind. Das neue Luftschiff wird in der Löwenthaler Halle verbleiben, bis die Halle in Frankfurt a. M. bezugsfertig sein wird.



Weltbild (M).

„Hindenburg“ grüßt AdF-Vorläufer

Das neue Luftschiff „Hindenburg“ trifft auf seiner ersten Ueberquerung des Ozeans den Hapagdampfer „Ozeana“ im Kanal und wird von den AdF-Vorläufern, die aus Madeira zurückkehren, förmlich begrüßt.

„Hindenburg“ auf der Heimfahrt

An Bord des „Hindenburg“, 7. April. (Zuspruch des DFB-Sonderberichterstatters.) Das Luftschiff „Hindenburg“ befindet sich auf seiner ersten Heimreise. Wir haben heiteren Himmel und fast zu viel Sonne. An Bord befinden sich 18 neue Fahrgäste aus 7 Nationen, darunter Amerika, Argentinien, Brasilien, Chile, Australien und England: Lord Bischof John Reginald Weller reist von den Falklandsinseln in seine englische Heimat. Familie Obermaier flattert nach siebeneinhalb-jährigem Aufenthalt in Chile ihrer Heimatstadt Neustadt a. d. Haardt einen Besuch ab und will gleichzeitig die Fortschritte der deutschen Landwirtschaft kennenlernen. Weiter ist zu nennen Joseph Angerer aus Berchtesgaden, der am Rio Negro Tiger jagte. Der Vertreter des „Weltdeutschen Beobachters“ mußte wegen einer Blinddarmerkrankung zurückbleiben.

Wir ziehen über Rio große Schleißen und nehmen wehmütig Abschied von dieser schönsten aller Städte. Ihr Wahrzeichen, der Zuckerhut, ist noch zu sehen, als wir schon lange mit nördlichem Kurs an der Küste entlang fahren. Nach zwölf Stunden stehen wir über Bahia. Bei leichten Winden beträgt unsere Geschwindigkeit 60 Meilen.

Am Dienstag verlassen wir das amerikanische Festland. Der neue Kurs wird erst festgelegt werden, wenn wir Kap Verde erreicht haben und wenn wir im Besitz der Berichte der Hamburger Seewarte sind. Bei günstigem Wetter können wir Samstag früh in Friedrichshafen sein.

Titulescu bei Flandin

Paris, 7. April. Außenminister Flandin empfing am Dienstag vormittag den in Paris weilenden rumänischen Außenminister Titulescu. Die Unterredung dauerte eineinhalb Stunden. Es verlautet in gut unterrichteten Kreisen, daß man sich über die bevorstehenden Genfer Besprechungen unterhalten hat. Der Hauptgegenstand der Unterhaltung war jedoch die Wiederaufrüstung Österreichs und ihre etwaigen Folgen.

Flandin ist am Dienstag kurz vor Mitternacht mit Staatsminister Paul-Boncour nach Genf abgereist. Im selben Zug fahren Außenminister Eden und Titulescu nach Genf.

Italienisch-ägyptischer Notenaustausch in der Tana-See-Frage

Rom, 7. April. Auf Grund der in den letzten Tagen stattgefundenen Besprechungen zwischen dem italienischen Gesandten in Kairo und der ägyptischen Regierung sowie dem ägyptischen Gesandten in Rom und der italienischen Regierung hat, wie in hiesigen zuständigen Kreisen verlautet, ein italienisch-ägyptischer Notenaustausch stattgefunden. In der von Staatssekretär Suwidi unterzeichneten Note gibt die italienische Regierung die Erklärung ab, daß sie nichts tun werde, was irgendwie die ägyptischen Interessen beeinträchtigen könnte. Es handelt sich um eine ähnliche Versicherung, wie sie der englischen Regierung gegenüber wegen der Aufrechterhaltung der englischen Interessen am Tanasee gegeben wurde.

Eine Kundgebung des Regus

Abbis Ababa, 7. April. Der Regus hat Montagabend eine Kundgebung erlassen, die sich mit der militärischen und politischen Lage Abessinien beschäftigt und in der der Regus erklärt, daß die abessinische Armee nicht geschlagen sei und auch weiterhin die Angriffe auf abessinisches Gebiet abwehren werde. Im Schlußteil der Kundgebung spricht der Regus von Völkerverletzungen Italiens und führt als Begründung hierzu Angriffe auf abessinische Rote Kreuz-Stationen und u. a. auch die Verwendung von Giftgas an. In der Kundgebung wird dann der Völkerverbund ersucht, die Sanktionen gegen Italien zu verstärken.

Protest Nankings in Moskau

Nanking, 7. April. Das Nanking Lukenamt hat in Moskau scharfen Protest gegen das sowjetisch-ahuenmongolische Protokoll vom 12. März, das die gegenseitige Hilfeleistung zwischen Sowjetrußland und der Ahuenmongolei vorsieht, eingelegt. Nach Ansicht Nankings ist durch die Unterzeichnung des Protokolls das chinesischesowjetische Abkommen vom Mai des Jahres 1924 verlegt worden. Damals hat Sowjetrußland die Ahuenmongolei als Bestandteil des chinesischen Reiches anerkannt. Durch das Protokoll vom 12. März seien nunmehr die chinesischen Hoheitsrechte verlegt worden. Die chinesische Regierung werde unter keinen Umständen das Protokoll anerkennen.

Attentat auf Eisenbahnzug in Mexiko

70 bis 90 Tote

Mexiko, 7. April. Der Nachtschnellzug zwischen Vera Cruz und Mexiko-Stadt ist in der Nacht zum Dienstag infolge eines verbrecherischen Anschlagens verunglückt. Die Zahl der Opfer dürfte sehr groß sein. Sie wird zur Zeit mit 70 bis 90 Toten geschätzt. Der Zug hatte gegen 21.30 Uhr bei Paso del Macho in gebirgigem Gelände eine Brücke über eine tiefe Schlucht zu passieren. In dem Augenblick, als der Zug über die Brücke rollte, entzündete sich eine im Trägerwerk der Brücke angebrachte Dynamitladung. Die Lokomotive, der Postwagen, der Gepäckwagen und zwei Pullmannwagen stürzten in den Abgrund, wo sie völlig zertrümmert wurden. Die übrigen Waggons blieben auf den Schienen stehen, gerieten aber zum Teil in Brand. Wie es heißt, soll im Postwagen ein großer Geldtransport untergebracht gewesen sein. Aus drei benachbarten Städten wurden sofort Hilfszüge und Militäreinheiten an die Unfallstelle entsandt, die in den ersten Morgenstunden des Dienstag eintrafen. Jedoch war es noch nicht möglich, die abgestürzten Waggons zu bergen. Man nimmt an, daß sie 60 Passagiere und 10 Mann von der Zugbesatzung mit sich in den Abgrund gerissen haben. Noch nicht geklärt ist, ob es sich um einen Unschlag auf den Geldtransport oder um ein politisches Attentat handelt. Zur Verfolgung der Täter sind Truppen eingesetzt worden.

370 Todesopfer bei dem Tornado in Nordamerika

Newport, 7. April. Die Tornado-Katastrophe in den Vereinigten Staaten hat, wie aus Tupelo (Staat Mississippi) berichtet wird, insgesamt 370 Todesopfer und 2500 Verletzte gefordert. Der Sachschaden beträgt mindestens 10 Millionen Dollar. Für die Verletzten mußten in Garagen, Kirchen und Schulen Notlager eingerichtet werden. Der Tornado vollbrachte sein fürchterliches Zerstörungswerk in weniger als vier Minuten. Kennzeichnend dafür, wie überaus rasch die Katastrophe hereingebrochen ist, ist beispielsweise das Schicksal der Belegschaft einer Kleiderfabrik in Gainesville in Georgia. Von den dort beschäftigten 125 Arbeitern konnten sich nur 40 ins Freie retten, während die übrigen von den Trümmern des einsturzenden Gebäudes erschlagen wurden oder auf den engen Treppen, bei dem Versuch zu fliehen, ein Opfer der Flammen des in Brand geratenen Hauses wurden.

Lozales

Wildbad, 7. April 1936.

Oster-Konzerte. Die neue Trinkhalle ist von Karfreitag an geöffnet. Den Reigen der Konzerte eröffnet die Stadtkapelle am Ostermontag vormittag von 11—12 Uhr mit einem Trinkhallenkonzert. Am Ostermontag nachmittag und Ostermontag, vormittags und nachmittags konzertiert ein kleines Orchester. Im Trinkhallenloft findet an beiden Feiertagen abends Unterhaltungskonzert und Tanz statt. Es ist also vorgefragt, daß den zu erwartenden Gästen Unterhaltung und Zerstreuung geboten wird; hoffentlich überroft uns dazu der Himmel mit einem prächtigen Osterwetter. Von Osterdienstag bis 30. April finden in der neuen Trinkhalle täglich Schallplatten- und Rundfunkübertragungen statt.

Zugverkehr am Gründonnerstag. Es verkehren Zug 3194 Pforzheim ab 12.50, Wildbad an 13.49 Uhr und Zug 3209 Wildbad ab 15.23, Pforzheim an 16.01 Uhr. Es fällt aus Zug 3224 Pforzheim ab 17.29, Wildbad an 18.23 Uhr.

Deutsche Arbeitsfront, Ortsgruppe Wildbad. Die Blockwähler werden hiermit aufgefordert, mit Einziehung der Beiträge für Monat April sofort zu beginnen. Die Zellenwähler müssen reiflos bis zum 15. April mit dem Ortskassenwähler abrechnen.

Anfragen und Meldungen an das zuständige Wehrkreiskommando

Die Pressestelle des Generalkommandos V teilt mit:

In letzter Zeit häufen sich unmitttelbar beim Generalkommando mündliche und schriftliche Anfragen und Wünsche, die sich auf Ableistung der Dienstzeit in der Wehrmacht (Termin der Einstellung, Zurückstellung, Truppeneingattung usw.) beziehen, ferner Meldungen über Wohnungswechsel. Das Generalkommando bemerkt hierzu, daß für alle derartige Gesuche und Anfragen ausschließlich das zuständige Wehrbezirks-Kommando maßgebend ist; diesem als der bearbeitenden Dienststelle werden sie vom Generalkommando zur Erledigung zugeleitet. Das Generalkommando verweist daher hiermit Dienstpflichtige und Freiwillige, die Anfragen und Gesuche vorbringen wollen, im eigenen Interesse an das zuständige Wehrbezirkskommando.

Württemberg

Abluß des WSW.

im Gau Württemberg-Hohenzollern

Gesamtergebnis: 11,5 Millionen RM.

Stuttgart, 7. April. Am Dienstag nachmittag hielt der Arbeitsauschuß für das Winterhilfswerk im Gau Württemberg-Hohenzollern zum Abluß des WSW 1935/36 seine Schlußsitzung ab, in der der Gauamtsleiter der WSW, Kling, über den Erfolg des bisherigen Winterhilfswerkes Bericht erstattete. Kling dankte all seinen Mitarbeitern, den 11 000 Amtsträgern im Lande, den 60 000 ehrenamtlichen Mitarbeitern im Gaugebiet, den Gliederungen der Partei und den verschiedenen Organisationen, die zum Gelingen des großen Werkes beigetragen haben. Sein weiterer Dank galt den Spendern, die gern und freudig geopfert haben. Der Redner gedachte auch der 369 980 Betreuten — im Vorjahr waren es noch über 400 000.

Das Gesamtergebnis des WSW 1935/36 betrug im Gaugebiet 11 500 000 RM. Damit ist das Ergebnis des letzten WSW um beinahe 1 Million RM überschritten. Pro Einwohner des Landes Württemberg wurden rund 4 RM für das WSW aufgebracht.

Im einzelnen wurden gespendet: Nahrungsmittel im Werte von 1,2 Millionen RM, Brennmaterialien 80 000 RM, Bekleidung 2 Millionen RM, Haushaltungsgegenstände 90 000 RM, Guttscheine und andere Leistungen 90 000 RM.

Zu Chlorodont darf man getrost Vertrauen haben!

